

Entsetzt



Diskussionen und Kritik: Der Bundesverteidigungsminister will einen Veteranentag einführen.

Seite 2

Vernetzt



Die Kampagne Organize! möchte antifaschistische Arbeit besser zusammenführen.

Seite 3

Ersetzt



Der neue AstA ist nun zwei Wochen im Amt, die bsz führte ein Interview mit dem Vorsitzenden.

Seite 4

Internet

Alle Artikel und mehr gibt es im Netz unter

[www.bszone.de](http://www.bszone.de)

Friedensbewegung streitet über rechtsoffene Auftaktveranstaltung

Ostermarsch à la Duisburg

(rvr) War es politischer Boykott, oder die generelle Schwäche der Friedensbewegung? Die Auftaktveranstaltung zum Ostermarsch Ruhr in Duisburg begann fast ohne Publikum. Bis die Demonstration loszog, sammelten sich doch noch knapp 200 Teilnehmer\*innen. Wer sich allerdings schon vor dem Spaziergang am Duisburger Kuhtor eingefunden hatte, bekam ein skurriles Spektakel irgendwo zwischen Günter-Grass-Solidaritätskundgebung, israelfeindlicher Polemik und Polit-Gruselkabinett geboten. Zwischendurch sang das Duisburger Duo ‚Die Bandbreite‘, das wegen Auftritten auf extrem rechten Veranstaltungen und wegen der Verbreitung von Verschwörungstheorien in der Kritik steht.



Völlig unzensuriert, aber fast ohne Publikum: ‚Die Bandbreite‘ zu Beginn des Ostermarsch-Auftakts.

Foto: rvr

Für Hanna Ackermann vom Duisburger Friedensforum ist die Welt ziemlich einfach: Die Palästinenser\*innen sind ausschließlich Opfer, Israel und die USA sind dagegen die bösen Aggressoren schlechthin – und sobald sich einer was traut, so wie Günter Grass, stürze sich gleich eine „keifende Meute“ auf ihn. Tabubruch, Antisemitismus-Keule, das sind die Kategorien, in denen hier heute argumentiert wird. Auch eine Prise Geschichtsrevisionismus darf nicht fehlen, wenn am Ostersonntag der Nahost-Konflikt für eine urdeutsche Auseinandersetzung dienstbar gemacht wird: „Die Israelis sind – auch im Fall eines Angriffs gegen den Iran und vor dem Hintergrund der mörderischen Unterdrückung der Palästinenser – genauso wenig ein Volk der Täter wie es die Deutschen sind“, ruft Ackermann von der Ladefläche des gemieteten LKW auf den weitgehend leeren Platz. Währenddessen verteilen Aktivist\*innen des Friedensforums Kopien des Grass-Gedichts „Was gesagt werden muss“. Wer so eine Friedensbewegung hat, braucht tatsächlich keine

Kriege mehr zur moralischen Verwüstung. Ja, hier gehören sie hin, die Verschwörungsraper der Duisburger Hip-Hop-Combo ‚Die Bandbreite‘ – sowohl ästhetisch als auch inhaltlich. Denn Sänger Marcel ‚Wojna‘ Wojnarowicz und sein Kollege DJ Torben fühlen sich als mindestens ebenso große Opfer politischer Verfolgung wie Günter Grass: „Für diese Hexenjagd zeichnet sich kein Ende ab, weil es damals den Song von uns über den 11. September gab“, holpert Wojna im Takt zu Beats aus dem Laptop, und auch sonst rappen die beiden ganz im Geiste des alten Literatur-Recken: „Darum nennen sie mich einen Antisemit, doch ich schwör, dass ich jeden meiner jüdischen Brüder lieb. [...] Halbwahrheiten, gleichgeschaltet [...] Und so werden sie geblendet, beugen sich dem Druck der Massen, nur weil ein paar Fanatiker Flyer gegen uns drucken lassen.“ „Sie“, das ist in diesem Fall wohl jener Teil der Friedensbewegung, der die Einladung der Verschwörungsraper massiv kritisiert hat. So etwa die Organisator\*innen

der Bochumer Ostermarsch-Etappe. In einer Erklärung hat das soziokulturelle Zentrum Bahnhof Langendreer bereits im Vorfeld mitgeteilt, dass der Auftritt emanzipatorischen Anliegen absolut widerspreche: „Wir finden, dass eine solche Veranstaltung im Ostermarsch keinen Platz finden sollte und distanzieren uns ausdrücklich von diesem Teil des Ostermarschprogramms!“

Reaktionäre Diskurse

Tatsächlich stellen sich die Duisburger Ostermarsch-Organisator\*innen nicht nur durch ihren eigenen Redebeitrag, sondern auch durch die Einladung der ‚Bandbreite‘ in eine höchst zweifelhafte Gesellschaft. Denn die Band lässt sich sonst vor allem von der verschwörungstheoretischen ‚Wahrheits-Bewegung‘ feiern und verbreitet deren krude Thesen in ihren Songs. (Die bsz berichtete.) Ein Charakteristikum dieser Bewegung ist außerdem, dass sie mit scheinbar kritischem Duktus ein Feld für reaktionäre Diskurse öffnet. Und genau hierfür ist ‚Die Bandbreite‘ ein Paradebeispiel. So trat

das Duisburger Hip-Hop-Duo im vergangenen Sommer unter anderem im Schweizer St. Moritz auf einer „Anti-Bilderberger-Konferenz“ auf, in deren Programm auch mehrere Politiker der rechtsaußen-Partei SVP gegen die vermeintliche Verschwörung der Mächtigen ins Feld ziehen durften. Im Jahr davor performten Wojna und DJ Torben sogar auf dem verschwörungstheoretischen Anti-Zensur-Kongress (AZK) von Ivo Sasek, dem Gründer der evangelikal-esoterischen Organischen Christus-Generation (OCG). Seit Jahren dient die Konferenz vor allem Vertreter\*innen von rechter Esoterik und Geschichtsrevisionismus als Bühne, etwa Befürworter\*innen der „Neuen germanischen Medizin“, dem bekannten schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub und dem extrem rechten ehemaligen Generalmajor der Bundeswehr Gerd Schultze-Rhönhof. Der revisionistische Autor ist hauptsächlich damit beschäftigt, die Kriegsschuld Nazideutschlands am Zweiten Weltkrieg zu relativieren. Verständlich, dass Teile der Friedensbewegung die Einladung der ‚Bandbreite‘ zur Ostermarsch-Auftaktveranstaltung vor diesem Hintergrund als Provokation verstehen.

„Wir unterstützen weiterhin ernsthafte friedenspolitische Arbeit, gleichzeitig erwarten wir von Initiativen der Friedensbewegung, die sich als emanzipatorisch verstehen, dass sie sich von verschwörungstheoretischen, anti-emanzipatorischen, nach rechts offenen politischen Positionen deutlich abgrenzen“, erklären die Organisator\*innen des Bochumer Ostermarsch-Programms. Auch aus den Reihen des Bochumer Friedensplenums gab es Kritik, allerdings fand nach eigenen Angaben vor dem Ostermarsch kein Plenumstreffen mehr statt, um eine gemeinsame Stellungnahme zu beschließen.

Minderjährige erlangen gleichen rechtlichen Status an der RUB

Studieren Ü16 erlaubt

(nh) Das Justitiariat der RUB hat auf die Empfehlung eines DFN-Infobriefes Recht (Verein zur Förderung eines Deutschen Forschungsnetzes e.V.) von September 2011 eine Regelung für minderjährige Studierende an der RUB erarbeitet. Nachdem sich das Rektorat bis Ende vergangenen Jahres noch nicht mit der Frage nach rechtlichen Anpassungen für minderjährige Studierende und einer Sensibilisierung für das gemeinsame Studieren beschäftigt hatte, gibt es nun erste Ergebnisse.

Die Überarbeitung der Einschreibungsordnung gewährt nun auch Studierenden ab dem 16. Lebensjahr das Recht darauf, ein Studium beginnen zu können. Weitere Anpassungen in Hochschulsatzungen zur Nutzung von Internetzugängen und Bibliotheken sind nicht vorgesehen. Auch für die einzelnen Fakultäten gibt es keinen Handlungsbedarf, so die Verlautbarung des Justitiariats. Ob dies auch für die praktische Umsetzung im Umgang mit minderjährigen Studierenden gilt?

Uneingeschränkte Handlungsfähigkeit

Minderjährige AbiturientInnen, die ein Hochschulstudium aufnehmen möchten, gelten dem Gesetz nach als beschränkt geschäftsfähig und können ohne die Einwilligung der Eltern weder einen Mietvertrag unterschreiben, noch ein Studium aufnehmen. Die Einwilligung der Eltern



So könnte die Zukunft aussehen: Die Uni-AbsolventInnen werden immer jünger.

Foto: flickr / Oliver Schwarz (CC BY-NC-ND 2.0)

ermöglicht ihnen also erst das Studium; auch einer Generalvollmacht steht laut Daniel Wörheide im DFN-Infobrief Recht nichts im Wege: „Die Einwilligung der gesetzlichen Vertreter muss nicht separat für jeden Vertragsschluss erteilt werden, sondern kann sich auch auf eine Gruppe von Rechtsgeschäften beziehen (sog. General Einwilligung).“ Weiter heißt es dort: „Es ist daher möglich, vor Aufnahme des Studiums eine Einwilligung der gesetz-

lichen Vertreter einzuholen, die sich auf sämtliche Rechtsgeschäfte bezieht, die typischerweise im Zusammenhang mit einem Hochschulstudium stehen. Hochschulen können somit auf Grundlage ihrer Satzungsbefugnisse selbst Einfluss darauf nehmen, ob in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Studierenden die Handlungsfähigkeit für Verwaltungsverfahren im Hochschulbereich zustehen soll.“ Der Vermerk des Justitiariats schließt sich

diesem Brief an und erklärt minderjährige Studierende als uneingeschränkt handlungsfähig.

Eine Novellierung der Nutzungsrechte für Internetzugänge auf dem Campus und die Bibliotheksnutzung sei nicht vorgesehen, so das Justitiariat. Einige Bibliotheken lagern jugendgefährdende Schriften, angesichts des außeruniversitären Publikumsverkehrs, in der Regel jetzt schon separat, sodass eine Satzungsänderung zum Schutz der Minderjährigen nicht nötig ist. Minderjährige Studierende erlangen zwar mit der Neuregelung der Einschreibungsordnung die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit, Probleme vor der Einschreibung deckt diese Regelung jedoch nicht ab. Die AbiturientInnen werden zwar befähigt ein Hochschulstudium aufzunehmen, die Abhängigkeit von den Eltern ist dennoch gegeben und kann bei einem problematischen Verhältnis zu Schwierigkeiten führen, denen die für mündig erklärten Minderjährigen rechtlich nicht viel entgegen können.

Handlungsbedarf bei Fachschaften

Auch wenn das Justitiariat auf der Ebene der Fakultäten keinen Handlungsbedarf sieht, so gilt dies nicht für die Fachschaften der RUB. Dort müssen weiterhin, wenn noch nicht geschehen, Handlungsstrategien im Umgang mit minderjährigen Studierenden entwickelt werden, um der Rechtssicherheit im Bezug auf Fachschaftspartys und -fahrten gerecht zu werden.

boinkürze

Nazi verurteilt

(fik) Wie erst vergangene Woche bekannt wurde, ist der Bochumer NPD-Funktionär Markus Schumacher am 29. März zu einer dreimonatigen Bewährungsstrafe verurteilt worden. Zusätzlich muss er 100 Sozialstunden verrichten. Am sogenannten „Heldengedenktag“ 2011 in Bochum verwendete Schumacher bei einer NPD-Kundgebung die SA-Losung „Alles für Deutschland“, nach Paragraph 86a ein „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“. Die Gerichtsverhandlung fand in Hamm statt und die „Nationale und sozialistische Kameradschaft Hamm“ veröffentlichte die Schlussworte Schumachers auf ihrer Homepage. Hier spricht der Bochumer Neonazi davon, dass ihm das Verbot nicht bewusst war. Außerdem lamentiert er über eine „NSU-Hysterie“ über die „nationale Aktivisten“ kriminalisiert werden sollen. Darüber hinaus macht er deutlich, dass die SA-Losung für ihn weiterhin ein „selbstverständlich patriotisches Bekenntnis“ sei. Markus Schumacher wurde bei dem Prozess nicht von NPD-Funktionär\*innen unterstützt, obwohl er stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Bochum und Wattenscheid der Neonazi-Partei ist.

**:bszaktuell**

## Ermittlung gegen Polizei

(fik) Am 28. März griffen auf der Gedenkveranstaltung für den von einem Nazi ermordeten Punker „Schmuddel“ Polizisten Demonstrant\_innen an (die bsz berichtete). Das Dortmunder Antifa-Bündnis stellte daraufhin ein Video auf YouTube online. Hier ist deutlich zu sehen, dass Polizisten auf friedliche Demonstrant\_innen losgehen. Trotzdem tut die Oberstaatsanwältin die Ermittlungen gegen die Polizeibeamten als reine Routine ab. Die Polizei hingegen behauptet, dass sie Platzweise durchsetzen wollte, woraufhin sich – laut ihren Aussagen – circa 90 gewaltbereite Linksautonome mit den Punker\_innen solidarisierten. Auf dem Video ist davon jedoch nichts zu sehen.

## Schamp-Taten

(Chs) Wenn er nicht gerade unbotmäßig Zäune übersteigt, reist er als Modell-Tourist im Auftrag des Goethe-Instituts durch neun europäische Hauptstädte. Was er während seiner Reisen erlebt hat, berichtet der vielseitig talentierte Bochumer Künstler Matthias Schamp am Freitag, den 13. April um 20 Uhr im Bochumer Kulturrat in Gerthe. Zudem hat er gerade einen Comic (Das Partizipative Geflecht) veröffentlicht. Aber auch sonst gibt es viele gute Gründe, seiner Lesung beizuwohnen. Immerhin ist Schamp der einzige Bochumer, der institutionell eine Sinnsucherei betreibt.  
13. April, 20 Uhr, Kulturrat Gerthe, Lothringer Str. 36c

## Gedenken in Nordhausen

(fik) Das thüringische Nordhausen ist Partnerstadt von Bochum. Am 3. und 4. April 1945 wurde die Stadt von der Royal Airforce bombardiert. Wenige Tage zuvor wurde das in unmittelbarer Nähe gelegene Konzentrationslager Mittelbau von amerikanischen Truppen befreit. Die bürgerlichen Gedenkveranstaltungen wurden in den vergangenen Jahren von Neonazis unterwandert. Dieses Jahr sollte dies nicht geschehen. Deswegen organisierte die Oberbürgermeisterin in Nordhausen eine neue Art der Gedenkveranstaltung, zusammen mit der katholischen Kirche, einem Historiker und der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus. Die Nordhäuser\_innen protestierten dieses Jahr lautstark gegen die Neonazis und die Oberbürgermeisterin Barbara Rinke versuchte, der NPD ihren Kondolenzkranz energisch zurückzugeben. Der NPD-Kreisvorsitzende griff sie daraufhin an. Gegen ihn wird mittlerweile ermittelt.

## Der Zappelphilipp

(fik) Forscher\_innen der Ruhr-Uni und der Universität Basel haben belegt, dass ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit- und Hyperaktivitätsstörung) zu häufig diagnostiziert wird. Befragt wurden insgesamt 1.000 Kinder- und Jugendpsychotherapeut\_innen und –psychiater\_innen, 473 nahmen an der Befragung teil. Insbesondere wird bei Jungen – trotz identischer Symptome – viel häufiger die Störung bescheinigt, als bei Mädchen. Etwa drei von vier Diagnosen sind falsch. Zwischen 1989 und 2001 stieg die Anzahl von ADHS-Diagnosen um 381 Prozent, die Verschreibung von Medikamenten sogar um 900 Prozent. Dies geschieht oftmals auf Bitten der Eltern, die die Kinder ruhigstellen und somit leistungsfähiger machen wollen.

## Hochschulen im Teufelskreis der Bürokratie

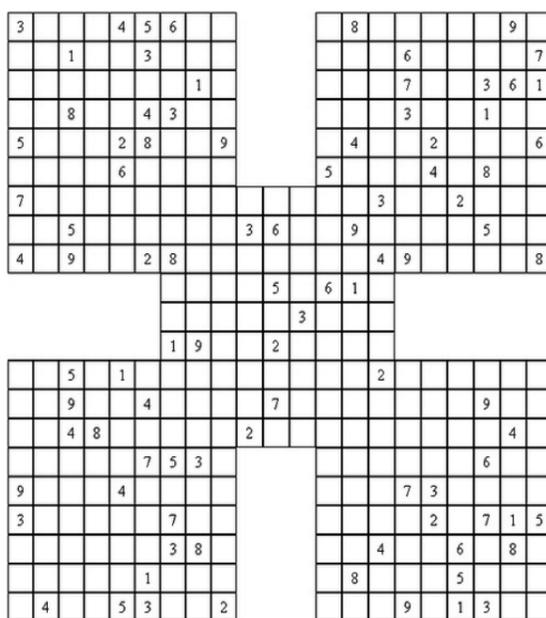
# Bologna als Samurai Sudoku

(nh) Im pechverheißenden 13. Jahr nach der Bologna Erklärung rechnet Stefan Kühl, Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld, in seinem Sachbuch „Der Sudoku-Effekt“ mit der europäischen Reform ab. Sie sollte einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum bilden und die Studienorganisation durch gestufte Studiengänge und die Einführung eines European Credit Transfer and Accumulation Systems (ECTS) transparenter, einfacher und vergleichbarer machen. Um zu veranschaulichen, dass die Vergleichbarkeit auch mit ECTS bzw. Kreditpunkten eine schier unlösbare Aufgabe für StudiengangplanerInnen und –koordinatorInnen ist, wählt Kühl die Metapher des Sudokus.

Mit der Umstellung der Studiengänge auf die Abschlüsse Bachelor und Master hat für die Studierenden die Jagd auf die Credit Points (CPs) begonnen. Arbeitsvolumen für Hausarbeiten, Anwesenheit, das Halten von Referaten und abgelegte Prüfungen, so das Versprechen, sollen damit europaweit vergleichbar werden – Studierende sollen flexibel in ganz Europa studieren können, ohne an Kreditierungsgrenzen zu stoßen.

### Zeit sind Punkte

Dass dies bereits an der Grundvoraussetzung der Kunstwährung ECTS scheitert, zeigt Kühl bereits anhand der differierenden Arbeitsstunden: „Schließlich ist es nur schwer zu erklären, weswegen ein Studierender für den Erwerb eines Leistungspunktes in Deutschland, Rumänien oder auch der Schweiz 30 Stunden benötigt, in Portugal und Dänemark 28 Stunden, [...] und in Österreich, Italien oder Spanien 25 Stunden.“ Dabei fängt die



So hart wie ein Samurai Sudoku: Auch, wenn dieses Exemplar schwierig ist, bleibt es im Verhältnis zum Bolognaprozess ein Kinderspiel.

Foto: flickr / wampyril CC by 2.0

Vergleichbarkeit nicht erst in der länderübergreifenden Hochschullandschaft an, sondern beginnt bereits im Wahlbereich und Grenzverkehr einiger Studiengänge, bei denen fakultätsübergreifend Seminare belegt werden können und je nach Studiengang unterschiedlich kreditiert werden. Ein englisches Intermedialitätsseminar ist für AnglistInnen zwei Credit Points wert, für KomparatistInnen jedoch zweieinhalb. Moment: gleiche Leistung, mehr Punkte? Um der Bologna-Reform gerecht zu werden, müssen Veranstaltungen, die für mehrere Studiengänge geöffnet

sind, gleichzeitig mehrfach konzeptualisiert werden und an die Leistungsanforderungen der Studierenden angeglichen werden. Ein Rattenschwanz an Organisation, der sich mit Blick über den universitätsinternen Tellerrand hinaus ins Unendliche potenziert. Auch zu einer Kontrollfunktion zur Sicherstellung einer Vergleichbarkeit von Leistungen in diversen Veranstaltungsformen und der Studienorganisation mit ECTS nimmt Kühl kritisch Stellung: „Mit der Einrichtung von universitätsweiten Qualitätsmanagementsystemen, eigenen Prorektoraten und speziellen Abteilungen für Qualitätsentwicklung sah man sich aber schnell mit dem bekannten Problem konfrontiert, dass sich der eigentliche universitäre Kernprozess der Wissensvermittlung in den Seminaren, Vorlesungen und Übungen nur schwer durch die in Unternehmen erprobten Instrumente der Qualitätssicherung erfassen lässt.“

### Löse das Studien-Sudoku

Die Kernthese Kühls, die er in seiner nicht ganz so polemisch ausgefallenen Streit-

schrift vertritt, ist die Komplexitätssteigerung der Studiengänge durch die Einführung von ECTS und die Durchmodularisierung, die sich entgegen der Bologna Maßgabe eines vereinfachten und flexibleren Studierens entwickelt haben. Kühl nennt diese Komplexitätssteigerung, die einen erhöhten Verwaltungsaufwand der Prüfungsämter und Organisationsaufwand der StudiengangkoordinatorInnen bedeutet, den Sudoku-Effekt. Die Modularisierung führe, so Kühl, nicht zu einer Steigerung der Wahlmöglichkeiten der Studierenden, sondern im Gegenteil zu deren Verringerung, da die Module immer kleiner und spezifischer würden und Lehrstühle an ihre personellen Grenzen stießen. Um genau der Lösungsvorgabe der StudiengangplanerInnen für das Studien-Sudoku zu folgen und das Studium mit seinen 180 im Bachelor oder 120 CPs im Master zu meistern, drohe die Verschulung der Studiengänge, da jeder Schritt vorgegeben und eben nicht frei wählbar sei.

Stefan Kühls Auseinandersetzung mit der Bologna-Reform, weniger eine Streitschrift oder gar ernstzunehmender Angriff, gibt zwar einen guten populärwissenschaftlichen Überblick über die Problematik der Einführung von ECTS und sensibilisiert für die hohen Anforderungen an die Studiengangplanung, kann aber außer des Titels keinen bleibenden und Debatten anstoßenden Eindruck hinterlassen.

Stefan Kühl  
Der Sudoku-Effekt – Hochschulen im Teufelskreis der Bürokratie – Eine Streitschrift  
transcript Verlag, 172 Seiten, 19,80 Euro

## Der Bundesverteidigungsminister will einen Veteranentag einführen

# Die Ehre zu töten

(fik) Thomas de Maizière – der deutsche Verteidigungsminister – möchte einen Ehrentag für deutsche Soldatinnen und Soldaten in die Wege leiten. Zunächst wollte er dafür den Volkstrauertag wählen. Nach großer Kritik, stellt sich de Maizière nun den 22. Mai vor. An diesem Tag traten 1956 die verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Bundeswehr in Kraft.

Besonders laut wurde die Kritik, da de Maizière zum Gedenken der deutschen Soldat\_innen den Volkstrauertag vorgeschlagen hatte. An diesem Tag wird traditionell allen Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht. Dieses Gedenken hätte abgewertet werden können, so die Befürchtung der Kritiker\_innen. Nach dem neuen Vorschlag, den Tag der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland zu nehmen, verstummten die ablehnenden Äußerungen aus der SPD und der FDP sehr schnell. Jedoch üben die Friedensbewegung, Linke und Grüne weiterhin scharfe Kritik an den Plänen des Verteidigungsministers.

### Opfer deutscher Politik

Soldat\_innen zu ehren, die in Auslandseinsätzen Menschen töten, wirkt für viele Menschen wie eine Farce, was gerade im Zuge der Ostermärsche noch einmal deutlich wurde. Soldat\_innen wissen, worauf sie sich einlassen. Bereits in der Vergangenheit durften keine Wehrpflichtigen in Auslandseinsätzen eingesetzt werden. Nach der Abschaffung der Wehrpflicht ist dies noch deutlicher. Alle Menschen, die für die Bundesrepublik Deutschland in den Krieg ziehen, tun dies aus freien Stücken – sie werden zwar mit viel Geld dafür entlohnt, jedoch kann keine Soldatin oder kein Soldat dazu gezwungen werden. Trotzdem sind auch deutsche Soldat\_innen Opfer deutscher

Politik. Ob im Kosovo, in Afghanistan oder am Horn vor Afrika, überall verteidigen Soldat\_innen die Interessen deutscher Politik. Im Weißbuch der Bundeswehr steht dazu: „Deutschland hat aufgrund seiner immer engeren Verflechtung in der Weltwirtschaft besonderes Interesse an internationaler Stabilität und ungehindertem Warenaustausch. [...] Deutsche Sicherheitspolitik muss auch Entwicklungen in geografisch weit entfernten Regionen berücksichtigen, soweit sie unsere Interessen berühren.“ Die größeren Opfer müssen jedoch die Verwundeten und Getöteten leisten, und zwar auf allen Seiten. Sowohl die deutschen Soldat\_innen, ihre Pendants im jeweiligen Kriegsgebiet und insbesondere die Zivilist\_innen. Auch, wenn in Auslandseinsätzen bisher etwa 100 deutsche Soldat\_innen gestorben sind, gehen die von ihnen Getöteten in die Tausender. Wenn zum Beispiel deutsche Soldat\_innen mal wieder eine Hochzeitsgesellschaft bombardieren, wird der Bundesverteidigungsminister den Opfern in Deutschland wohl keinen Trauertag widmen.

### Die wichtigere Arbeit

Darüber hinaus wurde auch Kritik daran laut, ausschließlich Soldat\_innen zu ehren. Polizist\_innen, die im Kriegseinsatz Ausbildungsarbeit leisten und insbesondere Entwicklungshelfer\_innen, machen eine – in vielen Fällen – wichtigere Arbeit – in vielen Fällen – wichtiger Arbeit als deutsche Soldat\_innen. Auf die Idee, Menschen zu ehren, die unbewaffnet der Bevölkerung helfen, ist der Bundesverteidigungsminister bisher nicht gekommen. Wahrscheinlich soll der Veteranentag auch als Durchhalteparole dienen. Die Kriegseinsätze der Bundeswehr sind langwierig und bisher ohne großen Erfolg. In Serbien sind seit 1997 deutsche Soldat\_innen stationiert, im Kosovo seit



Bundeswehrosoldaten beim feierlichen Gelöbnis: Den Opfern deutscher Außenpolitik wird hingegen nicht gedacht.

Foto: Bundeswehr-Fotos Wir.Dienen.Deutschland. (CC BY-ND 2.0)

1999 und selbst in Afghanistan sind mittlerweile seit elf Jahren deutsche Truppen im Einsatz. In wenigen Jahren werden die Soldat\_innen wohl aus Afghanistan zurückkehren, ohne große Erfolge vorweisen zu können, denn den Afghan\_innen geht es heute nicht wesentlich besser, als vor dem Einsatz der Bundeswehr.

### Ein Tag der Schande?

Für die Friedensbewegung ist der 22. Mai 1956 weiterhin ein Tag der Schande. Die BRD wurde nur elf Jahre nach dem Ende der Nazizeit wiederbewaffnet.

Die neugegründete Bundeswehr wurde hauptsächlich von ehemaligen Wehrmachtsangehörigen wieder aufgebaut. Der Tag der Wiederbewaffnung gilt als erster Schritt der Militarisierung Deutschlands. Das deutsche Selbstbewusstsein – insbesondere im nationalen Lager – wurde wieder gestärkt. Ein Jahr zuvor trat die Bundesrepublik der NATO bei. Die Normalisierung von Gewalt als Mittel der Politik vollzog sich sehr schnell. Auch der neue Veteranentag könnte ein Tag der Schande werden. Wird so doch die Alltäglichkeit des Krieges weiter vorangetrieben.

# Im Fokus: Die arabische Welt

(Chs) Im Zentrum des Internationalen Frauenfilmfestivals (IFFF) stehen die filmischen Perspektiven von Frauen. Die herausragendsten Ergebnisse ihrer Filmarbeit sind in diesem Monat in zwei nordrhein-westfälischen Städten zu sehen. Das größte deutsche Frauenfilmfestival findet in diesem Jahr vom 17. bis zum 22. April in Köln statt. Aber auch im Dortmunder RWE Forum (Kino im U) ist parallel von Donnerstag bis Sonntag ein Teil des Programms zu sehen. Dazu wurden sechs Spiel- und Dokumentarfilme von den knapp einhundert Beiträgen aus den verschiedenen Festivalparten ausgewählt.

„In diesem Jahr haben sich die Regisseurinnen wieder verstärkt Frauenfiguren gewidmet, um die herum sie Geschichten von gesellschaftlicher Relevanz entwickeln. Die Krise im Großen spiegelt sich in ganz privaten, emotionalen Herausforderungen und Abgründen. Themen wie Einsamkeit, Perspektivlosigkeit und Gewalt spielen eine große Rolle“, so klingt zumindest die Einschätzung der Festival-MacherInnen. Vier Sektionen rahmen, was filmschaffende Frauen aus der ganzen Welt zwischen Zoom und Schnitt an weiblichen Perspektiven erarbeitet haben. Mit dabei sind Debüts und aktuelle Lesben-, Queer- und Transgenderfilme. Der Länderschwerpunkt „What's going on“ liegt erstmals auf einer ganzen Region, der arabischen Welt. Besonders in dieser Kategorie werden Highlights von historischer Sonderstellung zu sehen sein.

## Kein Zurück

„München – Teheran“ ist der Titel des Beitrags von Narges Shaid Kalhory. Sie

ist die Tochter des ranghöchsten Kulturberaters von Mahmud Ahmadinedschad und legt im Rahmen des Festivals einen dokumentarischen Zusammenschritt aus Webcam-Material vor. Zu sehen sind private Bilder aus Teheran. Freunde und Familie filmen Orte, die Shaid Kalhory vorerst nicht mehr direkt erleben können wird, da sie nicht mehr einfach in den Iran zurückkehren kann. Aufsehen hatte sie 2009 mit ihrem Kurzfilm „Die Egge“ erregt, als sie aus dem Iran zum Internationalen Nürnberger Filmfestival der Menschenrechte gekommen war. Sie hat mittlerweile Asyl in Deutschland erhalten und studiert an der Hochschule für Fernsehen und Film München.

## Als Prostituierte im Krieg

Andere Beiträge blicken nicht auf die Zukunft, sondern in die Vergangenheit: Die in Frankreich aufgewachsene Dalila Ennadre hat mit „I loved so much“ einen Dokumentarfilm über ihr Heimatland vorgelegt, der mit einer einzigartigen Geschichte dem Erbe der marokkanischen Kolonialzeit nachspürt. Er wurde zudem 2008 mit dem Preis für die beste Dokumentation beim African Cinema Festival in Tarifa ausgezeichnet. Die Protagonistin ist mittlerweile 75 Jahre alt und war als angestellte Prostituierte zusammen mit den französischen Soldaten in den Indochinakrieg gezogen. Für sich und ihre Adoptivsohne verdient sie heute ihr Geld mit Betteln. Darüber hinaus kämpft sie noch immer darum, von Frankreich als Kriegsveteranin anerkannt zu werden.

## Was verboten war

Ein Film, der sowohl in Köln als auch Dortmund zu sehen sein wird, ist „For-

bidden (Mamnou'a)“ von Amal Ramsis. Hierbei handelt es sich insofern um eine besonders bemerkenswerte Dokumentation, als dass sie letztlich zum historischen Gedächtnis für die letzten Tage vor der Revolution in Ägypten geworden ist. „Als ich mit dem Drehen von ‚Forbidden‘ begann, lebten wir noch in einer Diktatur, die fast alle politischen Rechte und Aktivitäten verbot. Die Polizei und die repressive Staatsicherheit kontrollierten das ganze Land. Das Wort ‚Forbidden‘ war allgegenwärtig. Nichtsdestotrotz gab es eine ziemlich starke gesellschaftliche und politische Bewegung und genau das wollte ich mit meinem Film zeigen“, so die ägyptische Filmemacherin.

## Wo man Gott noch fürchtet

Ebenfalls im Dortmunder U zu sehen ist der Spielfilm „Spanien“ von Anja Salomonowitz, mit dem sie sich der spanischen Asylpolitik widmet. Sie sagt über ihren Beitrag: „Seit 1985 gab es in Spanien sieben ‚Legalisierungswellen‘. Illegalisierte Menschen können dabei zum Amt gehen und sich legal melden. Die Legalisierung verschafft den ‚papierlosen‘ Ausländern rechtliche Sicherheit, aber auch Zugang zu Sozialleistungen und Bildung. Der spanische Staat verspricht sich davon Sozialabgaben und Steuern. Im Film fragt der Priester Sava: ‚Und warum wollen Sie unbedingt nach Spanien?‘ Und daher kommt dann Savas Antwort: ‚Die Menschen dort fürchten noch Gott. Wo man Gott fürchtet, kann man gut leben.‘ Er meint nichts Religiöses, er meint schlicht das Asylrecht.“ Ein Thema, das aktuell auch für die EU-Politik von besonderer Relevanz ist. Nicht nur aufgrund der erst kürzlich im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge.



Mit „I loved so much“ zeichnet Dalila Ennadre das Portrait einer ehemaligen Berber-Prostituierten, die darum kämpft als Kriegsveteranin anerkannt zu werden. Foto: IFFF

Die Ticketpreise liegen sowohl für Dortmund als auch für Köln bei 7 Euro und bei 5 Euro ermäßigt. Zu haben sind sie über [ticket@frauenfilmfestival.eu](mailto:ticket@frauenfilmfestival.eu) und via Telefon unter 0231-5025162.

Programmdetails und weitere Informationen unter: [www.frauenfilmfestival.eu](http://www.frauenfilmfestival.eu)

## Die linke Szene stärker vernetzen

# Antifa praktisch

(Mnd) „Antifaschismus ist nach wie vor für viele junge Menschen ein wichtiges Themenfeld. Bei Demonstrationen gegen rechts kommen regelmäßig mehrere hundert, bei ‚Großevents‘ einige tausend Leute zusammen, sagt Tim Jansen, Pressesprecher der neu gestarteten „Organize!“-Kampagne. „Allerdings mangelt es tatsächlich vielerorts an Kontinuität und Verbindlichkeit.“

Auf Demos gehen ist für viele Leute attraktiv, sich mit anderen Leuten zu einer Gruppe zusammenzuschließen und selbst etwas auf die Beine zu stellen dagegen offenbar nicht. Genau das ist aber ein großes Problem. „Genau hier setzt die neu gegründete Kampagne an. Mit Vorträgen und Workshops will man jungen NazigegnerInnen vor Ort unter die Arme greifen. Den NeueinsteigerInnen sollen etwa Grundlagen antifaschistischer Öffentlichkeitsarbeit, Recherche und Gruppenarbeit vermittelt werden. Gerade im Ruhrgebiet sei eine solche Kampagne vonnöten. In



Foto: flickr / JohnK85 (CC BY-NC-SA 2.0)

vielen Städten, gerade an den Rändern des Ruhrgebiets, gebe es kaum noch Gruppen, die auf lokaler Ebene die Aktivitäten der rechten Szene beobachten und dokumentieren oder in der Lage wären, selbst mal eine Demo zu organisieren“, so Jansen.

Gerade in Städten wie etwa Dortmund sei der Bedarf an antifaschistischem Engagement besonders hoch. „In fast allen größeren Städten existieren NPD-Strukturen oder parteiunabhängige Neonazi-Kameradschaften. Die Zahl der Aufmärsche hat zwar seit etwa 2005 ein wenig abgenommen, ist aber im Vergleich zu anderen Regionen immer noch sehr hoch.“ Die AktivistInnen wollen junge Leute ermutigen, sich in ihrer Stadt selbst zu organisieren. Gerade in größeren Ruhrgebietsstädten wie Dortmund gebe es bereits Erfolge. „Nachdem diese Gruppen immer wieder über die rechten Umtriebe in der Region berichtet und Proteste gegen die neonazistischen Aufmärsche organisiert hatten, hat auch bei den Stadtoberen und in der Dortmunder Öffentlichkeit in den letzten Jahren ein Umdenken stattgefunden“, sagt Jansen. Antifaschistische Recherchearbeit führe immer wieder zu Verhaftungen rechter GewalttäterInnen. Neben der aktiven Antifa-Arbeit sollen aber auch Grundlagen der Diskussion innerhalb einer Gruppe gefördert werden. „Langfristig hoffen wir, die Antifa-Szene und die radikale Linke im Allgemeinen durch ein Zuwachs an Organisation, Verbindlichkeit und personeller Stärke wieder ein wenig handlungsfähiger zu machen“, sagt Jansen. Denn das Potenzial sei vorhanden. Zwar gelinge dies mit der Kampagne allein nicht, es sei aber wichtig, konstruktive Impulse zu geben. Mehr Infos zur Kampagne:

<http://organize.blogspot.eu/>

## Die FachschaftsvertreterInnenkonferenz sucht

# eine/n BSZ-RedakteurIn

Die Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung BSZ ist die älteste, regelmäßig erscheinende Studierendenzzeitung. Sie artikuliert und fördert studentische Interessen und informiert über studentische Initiativen und Vertretungen in gegebenenfalls kritisch-solidarischer Weise und in grundsätzlich gleichberechtigter Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen.

Es ist ihr Anspruch, politische und kulturelle Prozesse an der Universität im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen darzustellen. Sie erscheint wöchentlich, 4 Seiten im so genannten Berlinerformat, in den Ferien 14-tägig und ohne Kooperation mit anderen Zeitungen. Herausgegeben wird die BSZ von der Studierendenschaft der RUB. Die Redaktion wird paritätisch durch den AstA und die FSVK besetzt und die Redaktionskonferenz entscheidet nach dem Konsensprinzip über den Inhalt der nächsten Ausgabe und die Besetzung des Produktionsteams.

Aufgabe der von der FSVK gewählten Redaktionsmitglieder ist, neben der eigenen Schwerpunktsetzung und der regelmäßigen Mitarbeit innerhalb der Redaktion, in erster Linie die Betreuung der Belange der Fachschaften (Berichterstattung über die Aktionen und Probleme der Fachschaften bzw. der FSVK). Die regelmäßige Teilnahme an den FSVK-Sitzungen ist daher erwünscht. Außerdem sind die FSVK-Redaktionsmitglieder durch das imperative Mandat an Entscheidungen der FSVK gebunden.

Für die Mitarbeit wird ein Honorar von 70€ pro Ausgabe bezahlt. Zusätzlich erhalten die RedakteurInnen ein Zeilengeld von 3€ pro 500 geschriebenen Zeichen und ein Fotohonorar von 10€ pro erschienenem Foto. Der Honorarvertrag läuft über ein Jahr vom 01.05.2012 bis zum 30.04.2013.

Wer hierzu kandidieren möchte, benötigt eine formlose Bewerbung und die Nominierung einer Fachschaft. Journalistische Erfahrung ist von Vorteil, aber keine Bedingung. Schriftproben werden von aufmerksamen Fachschaften gerne gelesen. Bewerben könnt Ihr Euch bis zum 16.04.2012 im AstA-Sekretariat (Studierendenhaus), bei den FSVK-SprecherInnen (SH 004) oder spätestens am selben Tag um 18.00 Uhr vor der FSVK-Sitzung.

## Termine:

16.04.2012 Vorstellung der KandidatInnen

23.04.2012 Befragung der KandidatInnen und Diskussion zu persönlicher Schwerpunktsetzung und Inhalten

30.04.2012 Wahl der/ des KandidatIn

Alle Termine finden jeweils um 18.00 c.t. im Studierendenhaus im Ausländerzentrum statt. Die BewerberInnen müssen an diesen Terminen anwesend sein. Solltet Ihr noch Fragen haben, wendet Euch vertrauensvoll an die FSVK-SprecherInnen: 0234 / 32 – 23876 oder per eMail unter [fsvk-sprecher@rub.de](mailto:fsvk-sprecher@rub.de) und natürlich bei jeder FSVK-Sitzung.

## Donnerstag, 12. April

### Ägypten nach den Wahlen

„Wohin treibt die Revolution in Ägypten?“, fragt sich der Aktivist und Publizist Pedram Shahyar im Bahnhof Langendreer bei seinem Vortrag mit anschließender Diskussion. Shahyar begleitete die Revolution in Kairo und blickt auf das Jahr post Mubarak zurück.

Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108  
19.30 Uhr  
Eintritt frei

## Freitag, 13. April

### Lesung mit Matthias Schamp

Der Bochumer Künstler und Zaunübersteiger liest ab 20 Uhr ältere und neue Texte. Dazwischen plaudert er über seine allerneuesten Schamp-Taten.

Kulturrat Gerthe, Lothringer Str. 36c, Bochum  
20.00 Uhr  
7 Euro / 5 ermäßigt

### Wow, Toll – Heidi und die Chicas

Die Actionlesung im O-Ton des Finales der vergangenen Germany's Next Topmodel Staffel. „Mädels, mehr mit der Huft!“ – Keine Peinlichkeit, keine Pause und selbst die Werbung wird dem nicht Publikum erspart. Trotzdem, ein großartiges Spektakel.

Rottstr5Theater  
Rottstraße 5, Bochum  
19.30 Uhr

Normalpreis 13 Euro mit Programmheft und einem Getränk/erm. 7 Euro

## Montag, 16 April

### Diskussion und Dokumentarfilm

Unter dem Titel „Gekaufte Wahrheit – Gentechnik im Magnetfeld des Geldes“ verbirgt sich ein filmischer Beitrag über eine ganze Industrie, die Wissenschaftlerinnen und Forscher dafür bezahlt, dass sie öffentlich sagen, wie harmlos Gentechnik sei. Schätzungen zufolge sind gerade einmal fünf Prozent unabhängig, weil sie nicht von der Industrie bezahlt werden.

KulturCafé, RUB  
19.30 Uhr  
Eintritt frei

## Dienstag, 17. April

### Internationales Frauenfilmfestival

Sowohl in Köln als auch in Dortmund (U) laufen bis zum 22. April die Projektoren heiß. Über 100 Filme in vier Sparten werden während des Internationalen Frauenfilmfestivals (IFFF) gezeigt. Mit dabei sind zahlreiche Spielfilm- und Dokumentationsdebüts. Sie stehen exemplarisch für das, was Frauen aus der ganzen Welt bewegt.

Diverse Orte in Köln und Dortmund  
Einzelvorstellungen: 7 Euro/ 5 Euro ermäßigt

## Mittwoch, 18. April

### Campus Club mit ‚One In A Googolplex‘ und ‚The Paper Queens‘

Bei ‚One In A Googolplex‘ trifft sphärische Melodik auf Singer-Songwriter-Styles und ein bisschen Indie-, Pop- und Rockklänge sind auch dabei. Diese Straight-Forward-Songs gehen gut nach vorne. ‚The Paper Queens‘ bieten unverwechselbare Melodien, auch ohne Effekthascherei.

KulturCafé, RUB  
21.00 Uhr  
Eintritt frei

# „Ich habe das nicht ganz so gesagt.“

## Am Anfang war der Workload

Bereits unmittelbar nach der Wahl hat der neue Minderheiten-AStA aus der Liste der Naturwissenschaftler und Ingenieure (Nawi), Internationaler Liste (IL), Jusos und der Liste Gewi viel Kritik einstecken müssen. Die bsz befragte den AStA-Vorsitzenden Dirk Loose zu den Vorwürfen aus der Opposition und von manchen Initiativen. Das Interview führte Michael Reiners.



Der neue AStA-Vorsitzende Dirk Loose (Nawi) über Kristina Schröder, Screenshots und die 50er Jahre.

Fotos: mr

Seit zwei Wochen bist du jetzt AStA-Chef. Wie fühlst du dich?

Sehr gut. Wir haben schon viel gemacht und ich bin zuversichtlich, was die nächsten Wochen angeht. Ich freue mich auf die weitere Arbeit.

Trotz eurer Kritik am Vorgänger-AStA habt ihr den von Jannis Lülfi (LiLi) erstellten Haushaltsplan weitgehend übernommen. Wolltet ihr euch damit Arbeit ersparen, oder war die Kritik an euren VorgängerInnen Wahlkampf-Polemik?

Wir haben viele wichtige Sachen geändert. Unser Finanzreferent Christian Volmering hat eine ganze Woche dran gearbeitet. Es kamen auch Änderungen von der Opposition. Rein rechtlich hätten unsere VorgängerInnen den Haushalt schon vor acht Wochen einbringen müssen. Wir haben jetzt die Notwendigkeit gesehen, möglichst schnell einen Haushalt zu verabschieden. Deswegen haben wir Änderungen vorgenommen, anstatt einen komplett neuen Haushalt einzubringen.

Der Vorwurf der WählerInnenenttäuschung gegen eure Koalitionspartnerin Internationale Liste steht noch immer im Raum. Die IL hat sich erst nach der Wahl von der Grünen Hochschulgruppe (GHG) abgespalten, aber die grünen Mandate mitgenommen.

Ich sehe das als eine interne Querele der GHG und nicht als WählerInnenenttäuschung. Denn die IL hat sich offen dazu bekannt, dass sie eine Gruppe innerhalb der GHG ist. Und außerdem hat sie sich nicht von der GHG abgespalten. Sie haben sich in beiderseitigem Einvernehmen getrennt.

Als AStA-Vorsitzender bist du Herausgeber dieser Zeitung. Wie verstehst Du das Verhältnis von Presse und Politik?

Ich finde, die Presse sollte immer eine neutrale Berichterstattung machen. Sie sollte die Politik kritisch begleiten. Und sie sollte auch ruhig den Finger in die Wunde legen, aber eben politisch neutral bleiben.

Du hast die Veröffentlichung radikal-islamischer Facebook-Einträge des ehemaligen IL-Parlamentariers Ariya Fehrest-Avanloos durch den journalistischen Internetblog Ruhrbarone mit der Aussage kritisiert, solche Berichterstattung sei für dich kein investigativer Journalismus. Wieso nicht?

Ich habe das nicht ganz so gesagt. Ich habe gesagt, ich finde es schlecht, es als

investigativen Journalismus zu bezeichnen, wenn die Ruhrbarone sagen, sie hätten selbst diese Screenshots gemacht, obwohl sie es gar nicht konnten. Mir ist sehr wohl bewusst, dass man als Journalist Quellen benutzt. Aber die Ruhrbarone hätten ruhig zugeben können, dass sie die Sachen von jemand anders zugespielt bekommen haben. (Anm. der Red.: Die Ruhrbarone behaupten in ihren Artikeln an keiner Stelle, sie hätten die Screenshots selbst gemacht.)

Mehrere studentische Initiativen und autonome Referate sind enttäuscht, dass ihr vor und während der Koalitionsverhandlungen keine Gespräche mit ihnen gesucht habt. Ist das der angekündigte „AStA der ausgestreckten Hand“?

Die Initiativen haben wir noch vor Ende der Koalitionsgespräche eingeladen, um zu signalisieren, dass wir mit ihnen reden möchten. Wir hatten aber nur wenig Zeit und haben Tag und Nacht durchgearbeitet. Trotzdem haben wir inzwischen auch schon Gespräche geführt. Und es werden noch weitere Initiativen eingeladen. Ich denke, jede Initiative wird das bekommen, was sie von uns möchte. Keine Initiative wird sich über ein schlechtes Arbeitsklima beschweren können.

Aber von dem, was ihr im Koalitionsvertrag vereinbart habt, sind die Initiativen und autonomen Referate doch massiv betroffen. Muss man da nicht vorher mit den Betroffenen sprechen?

Worüber? Da musst du schon genauer werden.

Im Koalitionsvertrag ist zum Beispiel festgeschrieben, dass sich alle studentischen Initiativen zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen müssen, wenn diese vom AStA unterstützt werden wollen. Euch wird vorgeworfen, eine Art Extremismusklausel eingeführt zu haben, ähnlich der von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU).

Von Kristina Schröders Extremismusklausel distanzieren sich, sowohl im Namen des AStAs als auch persönlich. Ich halte sie für sehr bedenklich. Dort wird ja gesagt, man müsse sich auf die Verfassung berufen und man dürfe an der Verfassung nichts großartig ändern. Das halte ich für eine Beschneidung der persönlichen und der politischen Freiheit. Für unseren Koalitionsvertrag beziehen wir uns auf die Definition der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Bundesverfassungsgerichtes aus den 1950er Jahren, denn dort wird gar nicht auf die Verfassung als solche eingegangen. Damit das alle wissen, werden wir das demnächst noch einmal in den Vertrag einfügen. In dem Urteil steht nur drin, dass zu den Prinzipien dieser Ordnung mindestens die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, das Recht auf Leben und die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Ausübungsmöglichkeit für die Opposition zu rechnen sind. Und ich denke, diese Grundsätze sind von allen zu teilen.

Ihr habt den Vorgänger-AStA dafür kritisiert, dass er die Initiativen anhand von politischen Kriterien fördert. Mit eurer Klausel führt ihr nun ebenfalls ein politisches Entscheidungskriterium ein, und es gibt die Befürchtung, dass sich die Klausel vor allem gegen linke Gruppen richtet.

Wir verstehen uns als linken AStA. In gewisser Hinsicht kann es ein politisches Entscheidungskriterium sein. Allerdings sind für mich Sachen wie Gewaltenteilung, Recht auf Opposition und Menschenrechte nicht verhandelbar. Wir haben früher immer kritisiert, dass politische Organisationen nur aus einem einseitigen Spektrum finanziert wurden. Ich halte es für einen guten Kompromiss, rechtsextreme Initiativen bzw. solche, die unseren Staat als solches abschaffen wollen, von der Förderung auszuschließen.

### bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung  
**Herausgeber:** AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Dirk Loose, Christian Volmering u. a.  
**Redaktion dieser Ausgabe:** Karsten Finke (fik), Nadine Hemgesberg (nh), Martin Niewendick (Mnd), Michael Reiners (mr), Chantal Stauder (Chs), Rolf van Raden (rvr)  
**V.i.S.d.P.:** Karsten Finke (Anschrift s. o.)  
**Auflage/Druck:** 3.000, Druckwerk, Dortmund  
**Anschrift:** bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum, SH Raum 081, 44780 Bochum  
**Fon:** 0234 32-26900; **Fax:** 0234-701623  
**E-Mail:** redaktion@bszonline.de  
**WWW:** http://www.bszonline.de

-Anzeige-

### Speiseplan Mensa der Ruhr-Uni-Bochum

vom 16.04. bis 22.04.2012

Das AKAFÖ im Web z. o.:  
 Jetzt Fan bei Facebook werden oder Aktuelles per Twitter verfolgen.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
<b>Sprinter</b> 2,- € (Stud.), 3,- € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Frühlingssuppe mit Brötchen oder Putenbockwurst (G)</li> <li>▶ Penne „Quattro Formaggio“ mit Salat (V)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Italienische Nudel-pfanne mit Schweinefleisch, dazu ein Salat (S)</li> <li>▶ Sauerkraut-Kartoffeltopf mit Baguette (V)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Möhreintopf mit einer Mettwurst (S)</li> <li>▶ Gemüseauflauf, dazu Mischsalat „Extra“ (V)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Kartoffel-Hackfleischpfanne mit einem Salat (R)</li> <li>▶ Tortellini in Salbeibutter mit Salat (V)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Griechischer Auflauf mit Pfannengyros und einem Salat (S)</li> <li>▶ Griechischer Auflauf mit Tofu und einem Salat (V)</li> </ul>
<b>Komponentessen</b> 1,20-1,60 € (Stud.) 2,20-2,60 € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Feuerspieß mit Diablosauce (S)</li> <li>▶ Balkan-Röstling mit Diablosauce (V)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Gefüllte Hähnchenbrust mit Broccoli, dazu Champignonsauce (G)</li> <li>▶ Tofu Pfanne „Griechische Art“ (V)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Lammgulasch (L)</li> <li>▶ Karotten-Röstling mit Kräuterquarkdip (V)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Rindercevapcici mit Tsatsiki (R)</li> <li>▶ Gemüsestäbchen mit Käsesauce (V)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Backfisch mit Remouladensauce (F)</li> <li>▶ Polenta Käsetasche mit Kräutersauce (V)</li> </ul>
<b>Aktionen</b> 3,30-6,50	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Spareribs „Barbecue“, dazu Barbecue Dip, Kartoffelecken und Salat (S)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Roastbeef im Ganzen gebraten mit Sauce „Bearnaise“, dazu Rosmarin-Drillinge und grüne Bohnen (R)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Puten „Cordon bleu“ mit Geflügelsauce, dazu Bio-Kartoffeln und Eisbergsalat (G)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Thunfischsteak mit mediterraner Tomatensauce, dazu Bandnudeln und Endivien-salat (F)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Scharfe American Pan Pizza mit Salat (G,S)</li> </ul>
<b>Beilagen</b> 0,60-0,70 €	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Kräuterkartoffeln</li> <li>▶ Butterreis</li> <li>▶ Broccoli mit Mandeln</li> <li>▶ Mediterranes Gemüse</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Penne Nudeln</li> <li>▶ Kartoffelecken</li> <li>▶ Kaisergemüse</li> <li>▶ gezuckerte Erbsen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Kräuter-Püree</li> <li>▶ Spaghetti</li> <li>▶ Paprika-Bohnengem.</li> <li>▶ Erbsen und Möhren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Djuwetsch-Reis</li> <li>▶ Bunte Nudeln</li> <li>▶ Fitness-Gemüse</li> <li>▶ Tomaten-Zucchini-gem.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Petersilien-Kartoffeln</li> <li>▶ Schupfnudeln</li> <li>▶ Blumenkohl</li> <li>▶ Frisches Wok-Gemüse</li> </ul>
<b>Bistro</b> 2,30-5,00 € (Stud.) 3,30-6,00 € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Sauerbraten mit Semmelkloßen und Rotkohl (R)</li> <li>▶ Hähnchensteak „Hawaii“ mit Herzogin-kartoffel und Salat (G)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Rindergeschnetzeltes „Stroganoff Art“ mit Kaisergemüse und Spätzle (R)</li> <li>▶ Calamares im Backteig mit Ajoli Dip, dazu Baguette und Kappes-Salat (F)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Hähnchenbrust in Asia-Soße mit Gemüserais und Paprikasalat (G)</li> <li>▶ Frikandel „Spezial“ mit Pommes Frites und Krautsalat (G,R,S)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Paniertes Rotbarschfilet mit Senfsauce, Bio Dillkartoffeln und Finger-Möhren (F)</li> <li>▶ Pizza „Hawaii“ und ein Salat (S)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Schweinegulasch mit Balkangemüse und Penne Nudeln (S)</li> <li>▶ Brathering mit Bratkartoffeln und Rohkostsalat (F)</li> </ul>

**Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbüffet.**

Wir wünschen guten Appetit. Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem. Hier erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank. Erläuterungen: (S) mit Schwein, (R) mit Rind, (A) mit Alkohol, (V) vegetarisch, (Bio) aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-039-Öko-Kontrollstelle, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, (G) mit Geflügel, (F) mit Fisch, (L) mit Lamm.

**AKADEMISCHES FÖRDERUNGSWERK** **WWW.AKAFÖ.DE**

(Chs) Sie merken schon, ich sieze Sie. Nur damit Sie merken, dass sich etwas geändert hat, seit Sie hier studieren. Man könnte meinen, so ein Abiturzeugnis sei eine Art zentraler Zauberschlüssel für alle höheren Weihen der Hochschule. Aber im Zweifelsfall ist es eben nur ein papierener Wisch, auf dem formal festgehalten wurde, wie gut Sie sich als Schüler oder Schülerin anzupassen wussten. Es bescheinigt Ihnen – ob nun zu Recht oder zu Unrecht – die Hochschulreife. Doch bereitet es sicher niemanden auf das Leben an einer Universität vor. Genau in dem Moment, in dem man plötzlich seine Immatrikulationsbescheinigung in der Hand hält und zum ersten Mal einen Hörsaal betritt, ändern sich die Dinge. Vor allem, wenn man auf einmal der Großmutter erklären muss, dass es sich nicht um eine lobende Leistungsbemerkung handelt, wenn auf der Studienbescheinigung steht, man sei „ordentlich eingeschriebener Student“. Spätestens dann ahnt auch der Letzte, dass er soeben dabei ist, einen kuriosen Campus-Kosmos mit ganz eigenem Regelwerk zu betreten. Die Freunde heißen jetzt Kommilitonen und Kommilitonen, egal wie blöd das klingt. Texte so dick wie Telefonbücher werden ab sofort als Reader ausgegeben oder sind notfalls im so genannten Handapparat zu finden. Außerdem gebrauchen Ihre Kommilitonen jetzt ständig so seltsame Abkürzungen wie FSVK oder AStA. Letzteres steht zum Beispiel für Allgemeiner Studierendenausschuss. Aber auch auf der weiten Flur der Abkürzungen lauern ungeahnte Fallstricke. Was ist zum Beispiel, wenn jemand meint, dank Studium müssten Sie doch um die Mehrzahl von so einem AStA wissen und Sie deswegen aus heiterem Himmel fragt, „Wie lautet eigentlich der Plural von AStA?“ Ganz einfach: ASten. Klingt auf jeden Fall besser als AStAs. Es ist aber in jedem Fall klüger, es mit AStas als mit Asti zu verwechseln. Denn hier helfen weder ansonsten gern gesehene Kernkompetenzen in Pluralbildung noch Latein- oder gar Sektmarken-Kenntnis weiter. Aber kein Problem, auch Sie belegen von nun an Seminare und Vorlesungen. Sie essen nicht einfach nur Mittag in der Mensa, sondern gehen „Mensen“. Später besuchen Sie dann Kolloquien und Symposien, kümmern sich um Scheine, den Workload und Ihre Credit Points. Wenn Sie währernddessen noch Zeit finden, sorgen Sie sich vielleicht um eine Promotion oder hoffen gar auf eine Habilitation. All das lernen Studis ebenso schnell wie den dazugehörigen Standesdünkel. Immerhin handelt es sich hierbei bloß um Habitus, Vokabeln und Fakten, die mit ein bisschen Übung leicht zu merken sind. Doch helfen Ihnen diese im Zweifelsfall nicht weiter. Genau das ist der springende Punkt: An einer Uni geht es letztlich eben nicht ums So-tun-als-ob, das Auswendiglernen oder das, was andere dachten, sondern um das, was Sie denken. Es geht darum, Fehler zu machen und anschließend die richtigen Fragen zu stellen. Und das Beste daran ist: Darauf bereitet Sie kein Wisch der Welt vor.